

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD

SPD
Hessen-Nord



FOTO: STUDIO ORENDT

**Liebe Genossinnen,
liebe Genossen.**

„Europa nicht auf die leichte Schulter nehmen“ - das muss Grundlage und Leitbild für die jetzt beginnenden Vorbereitungen sein. Am 7. Juni 2009 wird die Europawahl mehr noch als in der Vergangenheit darüber entscheiden, ob in der europäischen Politik soziale Gerechtigkeit einen höheren Stellenwert erhält. Gerade die letzten Monate haben sehr deutlich gezeigt, dass der Markt feste ordnende Regeln benötigt und viele davon national allein nicht die volle Wirkung entfalten können.

Darüber hinaus ist die Europawahl ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Bundestagswahl und für uns als hessische SPD ohnehin eine erste Bewährungsprobe nach der Aufarbeitung der Landtagswahl.

Als Bezirk muss unser Ziel sein, die Wahlkreise direkt zu gewinnen, wenn wir uns auf die Stärken Bürgernähe, kommunale Verankerung und Präsenz vor Ort als Grundlage unseres Handelns stützen, sind die Chancen für beide vor uns liegenden Wahlen nicht schlecht.

Dafür brauchen wir jetzt Ruhe innerhalb der eigenen Reihen und Geschlossenheit im Auftreten - nur damit werden wir den Fokus wieder auf die Inhalte richten können!

Ich setze auf ein intensives Mitwirken aller Mitglieder auf allen Ebenen.

Euer

DATENMISSBRAUCH BEI DER DEUTSCHEN BAHN AG SCHAUB: AUSSTIEG AUS DER GEPLANTEN TEILPRIVATISIERUNG

Der Missbrauch von persönlichen Daten der Beschäftigten der Deutschen Bahn AG ist ein inakzeptabler Vorgang“, erklärte SPD-Bezirksvorsitzender Manfred Schaub.

Der Bezirksausschuss der nordhessischen Sozialdemokraten bewertete in einem Beschluss die peinlichen Versuche des Abwiegeln und die späten Bekundungen des Bedauerns von Bahnchef Hartmut Mehdorn als abermaligen Beleg für dessen Uneinsichtigkeit. Er zeige, dass Hartmut Mehdorn als Vorstandsvorsitzender der Bahn nicht länger tragbar sei. Das SPD Gremium forderte daher Mehdorn auf, die Verantwortung für den schweren Vertrauensbruch zu übernehmen

und zurückzutreten.

Die nordhessische SPD halte jedoch nicht nur einen personellen, sondern auch einen konzeptionellen Neuanfang für zwingend notwendig. „Die Bahn kann nicht allein nach betriebswirtschaftlichen Kriterien betrieben werden. Sie erfüllt insbesondere in Nordhessen wesentliche Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge. Wir fordern daher den umgehenden Ausstieg aus der geplanten Teilprivatisierung“, erläuterte Schaub den Beschluss. Er betonte, die Deutsche Bahn AG müsse ihren Verpflichtungen zur Ertüchtigung von Strecken, Modernisierung von Bahnhöfen und Infrastruktur sowie zum bedarfsgerechten Ausbau nachkommen. ■

LANDTAGSFRAKTION MIT NORDHESSISCHEN AKZENTEN EINE MANNSCHAFT MIT KRITISCHEM BLICK



Gute Politik ist eine Mannschaftsleistung: Geschlossen will die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag alle Kraft in den Neuaufbau stecken.

Nach einer Fraktionsklausur hat sich die Partei neu aufgestellt und auch personell für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 klare, nordhessische Akzente gesetzt. Günter Rudolph wurde zum Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt, Lothar Quanz ist erneut Vizepräsident des Hessischen Landtags. Wolfgang Decker (Kassel-Stadt) ist Vorsitzender des Haushaltsausschusses.

Der neue Fraktionsvorstand besteht nunmehr aus neun Personen. Vorsitzender: Thorsten Schäfer-Gümbel (Gießen), Parlamentarischer Geschäftsführer: Günter Rudolph (Schwalm-Eder), Stellvertretende Vorsitzende: Nancy Faeser

(Main-Taunus), Petra Fuhrmann (Hochtaunus), Heike Habermann (Offenbach), Brigitte Hofmeyer (Kassel-Land) Michael Siebel (Darmstadt), Dr. Thomas Spies (Marburg)

Aus den Reihen der Nordhessen wurden Dr. Thomas Spies (Sozialpolitik), Uwe Frankenberger (Wirtschaft und Verkehr) sowie Dieter Franz (Heimatvertriebene, Aussiedler und Flüchtlinge) zu Fachsprechern gewählt. Auch in anderen Bereichen mischen die nordhessischen Abgeordneten kräftig mit - Ulrike Gottschalck wird die nordhessischen Belange koordinieren.

„Wir werden als Opposition der Regierung kritisch auf die Finger schauen und mit parlamentarischen Initiativen für eine fortschrittliche Politik streiten“, kündigten die nordhessischen Abgeordneten an. ■

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

LANDRATSWAHL

KLARER SIEG FÜR UWE SCHMIDT



Glückwunsch: Mit 64,5 Prozent der Stimmen heißt der neue Landrat des Landkreises Kassel Uwe Schmidt. FOTO: SPD KASSEL-LAND

Der künftige Landrat im Landkreis Kassel heißt Uwe Schmidt. Fast zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler entschieden sich für den Sozialdemokraten aus Helsa. Damit wird er am 1. Juli die Nachfolge von Dr. Udo Schlitzberger antreten.

Überraschend deutliche 64,5 Prozent der Stimmen konnte der derzeitige Vizelandrat auf sich vereinigen. Seine Gegenkandidatin Birgit Kaiser-Wirtz von der CDU errang lediglich 35,5 Prozent.

Sein mit Abstand bestes Ergebnis

erhielt Uwe Schmidt mit 83,2 Prozent in seiner Heimatgemeinde Helsa. Dort war er bis 2002 zwölf Jahre Bürgermeister. Besonders erfreulich ist das Wahlergebnis für Uwe Schmidt nicht zuletzt auch deshalb, weil er kurz nach der hessischen Landtagswahl fast 30 Prozent mehr holte, als die SPD eine Woche zuvor erringen konnte. Dies ist als Zeichen der großen persönlichen Anerkennung zu werten, die Uwe Schmidt im Landkreis entgegengebracht wird. Zugleich zeigt es, dass die SPD im Landkreis Kassel noch immer ein breites Fundament hat. ■



LANDRATSKANDIDAT MANFRED KOCH MACHER MIT FRISCHEM SCHWUNG

FOTO: SPD HERSFELD-ROTENBURG

Der erfahrene Kommunalpolitiker Manfred Koch genießt als Kirchheimer Bürgermeister Respekt und Anerkennung – über die Grenzen der Region hinaus. Er verbindet Erfahrung mit frischem Schwung und bringt alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Landrat im Landkreis Hersfeld-Rotenburg mit. Am 26. April möchte der 47-Jährige im Landkreis Hersfeld-Rotenburg Schluss machen mit der falschen Politik des CDU-Amtsinhabers.

Seit 19 Jahren ist der in Heddersdorf geborene Manfred Koch SPD-Mitglied. Bei der darauf folgenden Kommunalwahl wurde er in die Gemeindevertretung gewählt. Der ehemalige Postbeamte gewann schnell die Sympathien der Bürger und wurde 1998 zum Bürgermeister der aufstrebenden „Autobahngemeinde“ Kirchheim gewählt. Als Mitglied des Kreistags steht er für eine sachliche und im Kern harte Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Koch ist auch Kreisvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft SGK.

Ehrenamtlich engagierte sich der als „Macher“ bekannte Koch seit vielen Jahren in unterschiedlichen Bereichen: Als Vorsitzender der Burschenschaft, Wehrführer, als Ortsvorsteher, Vorsitzender des SPD Ortsvereins und als

Gemeindevertreter oder als Mitglied der Backfreunde Heddersdorf. Die freie Zeit genießt Familienmensch Koch mit Ehefrau Doris und Tochter Jasmin.

Seine politischen Ziele hat er in den vergangenen Monaten bei vielen Veranstaltungen vorgestellt. Tatkräftig einsetzen wird er sich für moderne Infrastrukturen vom Verkehrsbereich bis hin zur günstigen Energie und leistungsfähigen DSL-Versorgung sowie einen attraktiven Service im ÖPNV. Auch im Bildungsbereich sieht Koch großen Handlungsbedarf wie den Erhalt aller Schulstandorte und eine bessere Kinderförderung. Zu einer aktiven Standort- und Wirtschaftspolitik gehören seiner Meinung gute Ausbildungsplätze, enge Verbindungen zwischen Schulen und Ausbildungsbetrieben zusätzliche, dauerhafte Arbeitsplätze und die Möglichkeiten zur besseren Qualifikation. Er will dem Tourismus neue Impulse geben und im Hinblick auf die demografische Entwicklung passgenaue Angebote für die Senioren schaffen. Wichtig sind ihm ebenfalls die Förderung des Ehrenamtes, ohne dabei die Mitglieder der Hilfsorganisationen wie Feuerwehr, DRK, THW usw. zu vergessen, und die Unterstützung von Eigeninitiative und Bürgerschaftskultur. Informationen: www.manfred-koch.com ■

MICHAEL ROTH MDB

QUALIFIZIEREN STATT ENTLASSEN

Angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen auch in unserer Region fordert der Bundestagsabgeordnete Michael Roth die hiesigen Unternehmen auf, von Entlassungen abzusehen. „Der Bund sieht eine Reihe von Angeboten vor, um Betrieben in der Krise zu helfen“, so Michael Roth. Erste negative Auswirkungen seien schon erkennbar. Jetzt aber auf einen Abbau von Arbeitsplätzen zu setzen, sei der falsche Weg.

Der SPD-Politiker wirbt offensiv für das Kurzarbeitergeld. Die Bezugsfrist wurde von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) von 6 auf 18 Monate verlängert. Das Kurzarbeitergeld sei für Unternehmen noch attraktiver

gestaltet worden. Betriebe bekommen die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge erstattet. Auf Antrag des Unternehmens können den Arbeitgebern die Beiträge sogar zu 100 Prozent bezahlt werden, sofern während der Zeit Qualifizierungsmaßnahmen stattfinden. Damit rechnet es sich aus Sicht Roths noch mehr, an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern festzuhalten. „Qualifizieren statt Entlassen ist unser Ziel“, unterstreicht der SPD-Politiker.

Es sei ihm bewusst, dass auch das Kurzarbeitergeld finanzielle Einschnitte für die Beschäftigten bedeute. „Qualifizierung und Weiterbildung ist aber allemal besser als Arbeitslosigkeit“, sagt Roth. ■

BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS

BARBARA WEILER UNTERSTÜTZT
UMFASSENDES MASSNAHMENPAKET

Anfang Februar wurden mit großer Unterstützung der Sozialdemokraten im EU-Parlament Empfehlungen zur Klimapolitik der EU sowie zu internationalen Verhandlungen für ein Klimaabkommen verabschiedet. Die Europaabgeordneten fordern eine verbindliche Steigerung der Energieeffizienz um 20% bis zum Jahr 2020 sowie eine Reduktion der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 25% bis zu 40%.

Weitere vorgeschlagene Maßnahmen sind u.a.:

- Anstrengung einer Netto-Energiebilanz von Null in der Bauwirtschaft

- Optimierung der Biokraftstoffherstellung
- Erforschung und Entwicklung von umweltfreundlichen Verkehrstechnologien
- Reduktionsziele für den Ausstoß von Treibhausgasen in der Landwirtschaft
- Einrichtung eines europäischen Klimafonds
- Entwicklung neuer Kommunikationsstrategien zur Aufklärung der Bürger und Bürgerinnen über Möglichkeiten, Energie zu sparen
- Solarenergiepartnerschaften zwischen der EU und Drittstaaten im Mittelmeerraum. ■

GERD HÖFER MDB STELLT BUCH VOR

THEMA: EUROPÄISCHE ARMEE

In der Hessischen Landesvertretung in Berlin stellte der Verteidigungsexperte und langjährige Bundestagsabgeordnete Gerd Höfer sein erstes Buch „Europäische Armee: Vision oder Utopie?“ vor. Unter den Anwesenden befanden sich zahlreiche Militärattaches aus den europäischen Partnerstaaten und Mitglieder von militärischen Fachverbänden. Besonders stark waren die drei baltischen Staaten vertreten, denen sich Gerd Höfer seit vielen Jahren verbunden fühlt. Die Laudatio hielt der stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und frühere parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Walter Kolbow, ein langjähriger Weggefährte des Autors. Kolbow lobte das Engagement von Gerd Höfer für die militärische Zusammenarbeit in Europa. Höfer setze sich im Vertei-



digungsausschuss seit vielen Jahren intensiv und engagiert für Fragen der Europäischen Sicherheitspolitik und für die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ein, so Kolbow. Herausragend an Gerd Höfers Buch sei, dass er die Maßnahmen zur Etablierung einer aus seiner Sicht notwendigen europäischen Armee beschreibe, aber auch die damit verbundene Problematik nicht aus den Augen verliert. ■ FOTO: BÜRO HÖFER



STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DR. THOMAS SPIES ERNEUT IM AGS-BUNDESVORSTAND

Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Dr. Thomas Spies, wurde erneut zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) auf deren Bundeskonferenz in Berlin gewählt.

Dr. Spies, von Beruf Arzt, gelte bundesweit als anerkannter Gesundheitspolitiker. 2003 war er gemeinsam mit Thorsten Schäfer-Gümbel, dem SPD-Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 2009, und Andrea Ypsilanti Autor des ersten Vorschlags für ein SPD-Bürgerversicherungsmodell. 2006 veröffentlichte Spies mit „Die Bürgerversicherung“ eine detaillierte Darstellung zukunftsfähiger Modelle zur Neuordnung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Sein derzeitiges Schwerpunktthema sei die Zukunft unserer Krankenhäuser als öffentliche Versorgungseinrichtungen. So beschloss die ASG-Bundeskonferenz einen von Dr. Spies vorgelegten Antrag, der neben einer

besseren Finanzierung auch die Pflicht zur Gemeinnützigkeit von Krankenhäusern, Personalmindeststandards sowie eine Tarifbindung forderte.

In seiner Vorstellungsrede verwies Spies insbesondere auf den Widerspruch zwischen guter Gesundheitsversorgung und ökonomischem Denken. „Gute Versorgung muss 24 Stunden lang an sieben Tagen in der Woche an jedem Ort in Deutschland gewährleistet sein, und zwar auch dann, wenn es sich nicht rechnet“, so Spies. Deshalb müssten Markt und Wettbewerb in Gesundheitswesen auf die Bereiche zurückgedrängt werden, in denen ihr Nutzen für eine bessere Versorgung nachgewiesen sei. „Wenn es inzwischen in Deutschland mehr privatisierte Krankenhausbetten gibt als in den USA, dann läuft etwas schief“, so Spies. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen werde sich deshalb intensiv mit neuen Steuerungsmodellen befassen müssen, die den Patienten und die Beschäftigten ins Zentrum stellen. ■

FOTO: FRANKLIN BERGER



BRANDT-MEDAILLE FÜR KARL-HEINZ ERNST SEIN LEBENSZIEL: SOZIALE GERECHTIGKEIT

Karl-Heinz Ernst, früherer Landtagsvizepräsident, Kreisbeigeordneter und Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Fritzlär, wurde kürzlich die höchste Auszeichnung der SPD, die Willy-Brandt-Medaille, verliehen. Auf dem Neujahrsempfang der SPD-Ortsvereine Obermöllrich und Cappel erhielt er die vom Parteivorsitzenden Franz Müntefering unterzeichnete Urkunde, in der sein langjähriges erfolgreiches Engagement für die SPD gewürdigt wurde. Er habe durch seine Arbeit beispielhaft die sozialdemokratischen Ideale „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ mit Leben erfüllt, heißt es im Text.

Michael Kreutzmann, Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Fritzlär, hob das Jahrzehnte lange politische Engagement Karl-Heinz Ernsts hervor, der seit 1963 Mitglied der SPD ist und u.a. auch Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Schwalm-Eder war.

Das besondere Engagement von Karl-Heinz Ernst habe stets seiner Heimatstadt Fritzlär gegolten. Er ist

seit 1968 Stadtverordneter in Fritzlär und habe seit 1971 die SPD-Fraktion geführt. Auch in seiner langjährigen Tätigkeit als Landtagsabgeordneter habe ihm das Wohl seiner Heimatstadt am Herzen gelegen, beispielsweise bei der Regelung vieler Fragen der Infrastruktur, der Stadtsanierung oder dem stetigen Ausbau des Hospitals zum Heiligen Geist.

Dem Hessischen Landtag gehörte Karl-Heinz Ernst von Dezember 1970 bis 1999 stets als direkt gewählter Landtagsabgeordneter an. Er war von 1977 bis 1984 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und von 1984 bis 1987 Vizepräsident des Hessischen Landtages, danach fungierte er als Vorsitzender des Innenausschusses.

Seit vielen Jahren gehört Karl-Heinz Ernst dem Kreisausschuss an und tritt auch auf Kreisebene stets für sein Lebensziel, die soziale Gerechtigkeit, ein.

Der SPD-Stadtverband Fritzlär sei stolz und froh, mit Karl-Heinz Ernst einen erfolgreichen und aktiven Sozialdemokraten in seinen Reihen zu wissen. ■

FOTO: UB SCHWALM-EDER

DIRK OETZEL

CDU KÄMPFT NUR IM WAHLKAMPF FÜR NORDHESSEN

Stillstand und Kahlschlag für Nordhessen befürchtet der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Werra-Meißner, Dirk Oetzel, von der neuen Landesregierung. Seine Kritik belegt er an vier Punkten der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP:

Der Koalitionsvertrag gebe keine verlässlichen Antworten auf eine flächendeckende Gesundheitsversorgung. Ebenso fehle die klare Positionierung zur Zukunft des LWV.

Bei der personellen Aufstockung in Schule und Polizei bleibe offen, ob die 2 500 zusätzlichen Stellen an den Schulen dieses Mal mit ausgebildeten Lehrern und nicht wieder mit „Aushilfskräften“ besetzt würden. Oetzel: „Wenn diese Stellen zu Lasten der allgemeinen Landesverwaltung gegenfinanziert werden sollen, dann werden wir die Operation 'düstere Zukunft II' und damit einen weiteren Personal- bzw. Ämterabbau erleben.“

Keine Antworten gibt es im Hinblick auf die Regionalentwicklung und wie man mit der demografischen Entwicklung in Nordhessen umgehe. Offen bleibe auch, ob es eine Erhöhung der Dorferneuerungsmittel gibt oder ob diese gar gekürzt werden.

„Bei Verkehrsentwicklung und Straßenbau vermissen wir die Ortsumfahrungen in Hebenshausen, Frieda, Reichensachsen und Eschwege. Sie

werden im Koalitionsvertrag nicht für die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan genannt und auch sonst mit keinem Wort erwähnt“, kritisiert Oetzel. Damit bleibe der Koalitionsvertrag von CDU und FDP weit hinter dem zurück, was Rot-Grün vereinbart hatte. Dort seien die Ortsdurchfahrten als vorrangig zu realisierende Maßnahmen genannt worden. Beim Thema A 44 sei vom Wahlkampfgeschrei der CDU ebenfalls nicht viel übrig geblieben. Der Vergleich der beiden Koalitionsverträge zeige deutlich: Auch die CDU/FDP-Koalition will und kann nur da bauen, wo dies auch rechtskräftig möglich sei: „Statt die A 44 immer nur zu Wahlkampfzwecken zu missbrauchen und die personell völlig ausgeblutete Straßenbauverwaltung ihrem Schicksal zu überlassen, erwarte ich von der neuen Landesregierung endlich Taten“, verurteilt Oetzel das unaufrichtige Verhalten der CDU. ■

GLÜCKWUNSCH!

Frieda Stein aus Fuldata
Zum 100. Geburtstag

Elisabeth Bott aus Borken
Ida Parsche aus Fuldabrück
zum 95. Geburtstag



DIE FALKEN IM BEZIRK HESSEN NORD WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT



Habt ihr schon von uns gehört oder irgendwo gesehen, dass ein abgefah'ner Haufen Lieder singt. Rotes Tuch und blaues Hemd, armes Schwein wer uns nicht kennt. Unsere Fahne scharfes Teil; Falken sind... Affengeil!

Am 1. Februar 2009 haben sich die Falken Bezirk Hessen-Nord, bei der ersten, ordentlichen Bezirkskonferenz seit vielen Jahren neu aufgestellt. Es ist ein neuer, fünfköpfiger Vorstand gewählt worden, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Falken in Nordhessen wieder bekannt zu machen, den Verband wieder arbeitsfähig zu machen und neue Gruppenstunden zu etablieren. Es fand auch schon die erste Gruppenstunde für Jugendliche ab 14 im Haus der Jugend mit der Veranstaltung „Rotes Kino“ und dem Film „Good bye, Lenin“ mit anschließender Diskussion statt.

Das Projekt „LUDUS - Netzwerk Jugendarbeit und Schule“, das schon in Kassel und Bad Hersfeld etabliert ist, wurde vorgestellt und als Beispiel für erfolgreiche Falkenaufbauarbeit in Nordhessen genannt. Das Projekt Ludus bietet interessierten Jugendlichen

ab 14 Jahren die Möglichkeit, Projekte für jüngere SchülerInnen zu konzipieren und an Schulen durchzuführen. Die Projektthemen und ihre Umsetzung gestalten die Jugendlichen mit der Unterstützung von den Projektkoordinatorinnen selbstständig.

In einem Antrag wurde die Bedeutung des Falkenheims „Belgerkopf“ herausgestellt. Das Ziel ist es, dass die Vereine „Freundschaft“, „Vereinigung für Heimstätten der SJD Die Falken Bezirk Hessen Nord“ und natürlich „SJD Die Falken Bezirk Hessen Nord“ den Erhalt, die Sanierung und die Nutzung des Hauses gemeinsam sichern und vorantreiben.

Alle Freunde, Mitglieder, Unterstützer und Interessierte sind eingeladen, sich am Auf- und Ausbau der „SJD Die Falken Bezirk Hessen-Nord“ zu beteiligen. Für weitere Informationen, Fragen und Anregungen sind die Falken wie folgt zu erreichen:

SJD Die Falken, Bezirk Hessen-Nord, Humboldtstr.8a, 34117 Kassel, Tel. 0561-7001060, Fax. 0561-9794279, E-Mail: nordhessen@falken-hessen.de
Rote Falken heraus, rote Falken heraus,...
Freundschaft ■ FOTO: SJD „DIE FALKEN“



HANS EICHEL MDB

KAMPF GEGEN STEUEROASEN

Eine Verschärfung des Kampfes gegen Steueroasen national, europäisch und global, hat der Vorsitzende des Lissabon-Netzwerkes der Sozialdemokratischen Partei Europas (PES), der frühere deutsche Bundesfinanzminister Hans Eichel, gefordert. Der Zumwinkel-Prozess habe beispielhaft gezeigt, wie schädlich Steuerhinterziehung und wie unannehmbar das Verhalten von Ländern sei, die sich zu Fluchtburgen für Steuerhinterziehung gemacht haben. „Das schädigt alle anderen Länder, dort die steuerehrlichen Bürger und ihr Vertrauen zu ihrem Staat“, so Eichel.

Hans Eichel sieht jetzt größere Chancen für eine globale Übereinkunft, seit sich die 20 größten Industrie- und Schwellenländer der Erde prinzipiell gegen Steueroasen ausgesprochen haben. Auch die neue amerikanische Administration unter Präsident Obama

werde den Kampf gegen Steueroasen verschärfen. Eichel forderte Luxemburg und Österreich auf, ihren inhaltlichen Widerstand in der EU gegen ein gemeinsames Vorgehen gegen die Steueroasen endlich aufzugeben.

„Sehr zu begrüßen ist der Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Steinbrück, auch national Steueroasen zu bekämpfen, solange wirksame europäische Mittel nicht zur Verfügung stehen. Die Schädigung Deutschlands durch Liechtenstein, die Schweiz und andere Steueroasen ist viel zu groß, um nicht energisch und ohne weitere Verzögerung dagegen vorzugehen“, so Eichel weiter. Er forderte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, Steinbrücks Kampf zu unterstützen. Andernfalls müsse es darüber eine scharfe politische Auseinandersetzung, auch im Bundestagswahlkampf, geben. ■ FOTO: BÜRO EICHEL

ISET

MDL FORDERN EINSATZ FÜR INSTITUT

Veheementen Einsatz für die Verschmelzung zwischen dem einstigen Center für Windenergie und Meerestechnik in Bremerhaven und dem Kasseler Iset unter dem Dach der Münchner Fraunhofer-Gesellschaft erwartet der Kasseler SPD-Landtagsabgeordnete Uwe Frankenberger von der neuen Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Eva Kühne-Hörmann (CDU). Auch die beiden SPD-Landtagsabgeordneten Ulrike Gottschalck und Brigitte Hofmeyer sehen diese Aufgabe als erste Bewährungsprobe für die neue Ministerin: „Wir werden sie an ihren Taten messen“, kündigen die drei nordhessischen SPD-Politiker an. Frankenberger wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Universität Kassel ein zentraler Akteur im regionalen Innovationssystem sei. Zur aktiven

Wahrnehmung dieser Aufgaben habe die Universität Kassel seit 2002 ihre Transferstruktur systematisch ausgebaut. Die Kasseler Universität habe ein zukunftsweisendes Modell geschaffen, um privaten Unternehmen und öffentlichen Institutionen den Zugang zur Wissensbasis der Hochschule weiter zu erleichtern, um die regionale Wirtschaftsstruktur durch qualifizierte Ausgründungen zu stärken und um aktiv forschungsorientierte Ansiedlungen zu fördern.

Die Autonomie der Hochschulen müssen in jedem Fall respektiert werden, fordern die nordhessischen SPD-Landtagsabgeordneten. Im Zusammenhang mit der Hochschulfinanzierung müsse die CDU-Ministerin endlich dafür sorgen, dass die Universität in Nordhessen nicht weiter benachteiligt werde. ■

DER OPFER GEDENKEN, DIE DEMOKRATIE BEWAHREN

Anlässlich des 64. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz erklärte der Geschäftsführer der SPD im Unterbezirk Schwalm-Eder, Hans Griese, vor Mitgliedern der AG 60 plus in Borken:

Am 27. Januar 1945 befreiten Soldaten der Roten Armee die knapp 8.000 Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz. Bis dahin waren in den Lagern rund um Auschwitz 1,2 Millionen Menschen aus ganz Europa ermordet worden. Auschwitz ist zum Inbegriff der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik geworden.

In den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Diktatur wurden Juden, Christen, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, Sozialdemokraten, Kommunisten und viele andere politisch Andersdenkende, Männer und Frauen des Widerstandes, sowie unzählige Kriegsgefangene, Deserteure und Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ermordet.

Die SPD hatte als eine der ersten Parteien in der Weimarer Republik die drohende Diktatur des Nationalsozialismus erkannt. Zusammen mit den Gewerkschaften und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold kämpften Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegen die Übertragung der Macht auf die Nationalsozialisten, während konservative Parteien maßgeblich an der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler beteiligt waren.

Auch nach dem 30. Januar 1933 und dem Verbot unserer Partei beteiligten sich die SPD und ihr nahe stehende Gruppen und Organisationen am Widerstand gegen das NS-Regime. Tausende Genossinnen und Genossen wurden wegen ihrer freiheitlichen Überzeugung verfolgt. Viele wurden

zu Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus mahnt uns, die Demokratie zu bewahren. Das ist unsere Pflicht und unsere Überzeugung. Wir alle tragen Verantwortung dafür, dass dem Rechtsextremismus in Deutschland politisch und mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegengetreten wird. Menschenverachtende Ideologien wie Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit haben in unserem Land keinen Platz. Die Mitglieder der Senioren - AG 60 plus rief Griese auf, ihre Erlebnisse und Erfahrungen aus dieser „düsteren Geschichtezeit Deutschlands“ der jungen Generation zu vermitteln. Gespräche in der Familie mit Kindern und Enkelkindern sollten mehr genutzt werden. Zeitzeugen sollten den Schulen anbieten, bei der Unterrichtsgestaltung mitzuwirken. Die Schulverantwortlichen im Schwalm-Eder-Kreis sollten neben den Gedenkstättenbesuchen in Guxhagen-Breitenau und Schwalmstadt-Trutzhain auch Besuche in der Weimarer Gedenkstätte organisieren, die genauso „ausgesaugt“ wie Auschwitz ist. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord
Humboldtstr. 8 A, 34117 Kassel
Fon 0561/7001013, Fax 0561/7001088
Bezirk.Hessen-Nord@spd.de
www.spd-hessen-nord.de

Redaktion:

Ilona Holstein, Susanne Kanngieser

Gestaltung:

Sebastian Keese

Auflage:

28.000 Exemplare